

Volksabstimmung 13. Juni 2010

Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten

Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz

Änderung der Gemeindeordnung

Regionalkonferenz, Zuständigkeit für Be- hördenreferendum und - initiative

Änderung der Gemeindeordnung

Änderung Nutzungsplan, Teilgebiet Ober- wangen; Parzellen Nr. 1426, 1809 und 1855

Abstimmungslokale

Das Lokal mit Stern ist nicht rollstuhlgängig.

Gemeindehaus Bläuacker
Landorfstrasse 1, 3098 Köniz

Öffnungszeiten

Donnerstag, 10. Juni 2010, 08-12 und 14-18 Uhr
Freitag, 11. Juni 2010, 08-12 und 14-17 Uhr

Köniz (Oberstufenzentrum)
Liebefeld (Schulhaus Hessgut)
Wabern (Dorfschulhaus*)
Niederscherli (Schulhaus Bodengässli)
Niederwangen (Schulhaus)

Öffnungszeiten

Sonntag, 13. Juni 2010 von 10-12 Uhr

Briefliche Stimmabgabe

Verwenden Sie für die briefliche Stimmabgabe das beiliegende Kuvert. Schicken Sie das Kuvert per Post (nicht frankieren) oder geben Sie es an der Loge im Gemeindehaus Bläuacker (Landorfstrasse 1, 3098 Köniz) ab.

Ausserhalb der Schalteröffnungszeiten können Sie es auch in den Briefkasten des Gemeindehauses einwerfen.
Letzte Leerung: Freitag, 11. Juni 2010, 17.00 Uhr.

Öffnungszeiten Loge Gemeindehaus Bläuacker:
Montag bis Freitag, 08-12 und 14-17 Uhr
Donnerstag bis 18 Uhr

Das geltende Recht

finden Sie im Internet unter www.koeniz.ch
(Verwaltung > Reglemente/Verordnungen).
Sie können es auch telefonisch bei der Stabsabteilung
der Gemeinde Köniz bestellen: 031 970 91 11

Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz

Änderung der Gemeindeordnung

Das Wichtigste in Kürze

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland übernimmt seit Anfang dieses Jahres die Aufgaben, die ihr gesetzlich übertragen sind. Die Gemeinden können der Regionalkonferenz aber auch freiwillig weitere Aufgaben übertragen. Es erscheint sinnvoll, dass in der Gemeinde Köniz das Parlament darüber entscheidet, ob der Regionalkonferenz weitere Aufgaben übertragen werden sollen. Es wird den Stimmberechtigten beantragt, diese Kompetenz durch eine Änderung der Gemeindeordnung an das Parlament zu delegieren.

Erläuterungen

Die Stimmberechtigten der Region haben am 17. Mai 2009 beschlossen, die Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu gründen. Sie hat am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit aufgenommen. 98 Gemeinden aus dem Raum Bern-Mittelland werden künftig gemeinsam in wichtigen regionalen Themen wie Verkehr, Raumplanung, Kultur und Regionalpolitik effizient und verbindlich entscheiden können. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland übernimmt auch die Aufgaben von früher entstandenen regionalen Organisationen, wie z.B. jene der Regionalen Verkehrskonferenz und der Regionalen Kulturkonferenz.

Die Regionalkonferenz hat verschiedene Aufgaben in den genannten Themen, die vom Gesetz vorgegeben sind. Daneben können die Gemeinden der Regionalkonferenz freiwillig weitere Aufgaben übertragen. Denkbar ist beispielsweise, dass die Gemeinden der Regionalkonferenz weitere Aufgaben in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Sozialwesen oder Sportstättenplanung übertragen könnten. Zur Zeit ist die Übertragung zusätzlicher Aufgaben im Bereich Wirtschaft geplant. Die Übertragung weiterer Aufgaben verpflichtet nur die zustimmenden Gemeinden. Sie bilden eine sogenannte Teilkonferenz.

Nach dem übergeordneten Recht sind die Stimmberechtigten zuständig für das Übertragen weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz. Die Gemeinden können aber diese Zuständigkeit anders regeln. In der Gemeinde Köniz, die über ein Parlament verfügt, scheint es sinnvoll, diese Zuständigkeit an das Parlament zu delegieren. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz stark dem Beitritt zu einem Gemeindeverband ähnelt. Dafür ist in der Gemeinde Köniz schon heute das Parlament zuständig (Art. 50 Bst. c der Gemeindeordnung).

Deshalb beantragen Gemeinderat und Parlament den Stimmberechtigten, die Gemeindeordnung so abzuändern, dass künftig das Parlament für die Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz zuständig ist.

Wie geht es nach einer Annahme oder Ablehnung der Vorlage weiter?

Wird die Vorlage angenommen, so wird in Zukunft das Parlament über die Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz entscheiden. Wird die Vorlage abgelehnt, so verbleibt die Zuständigkeit bei den Stimmberechtigten, und es muss für die Übertragung weiterer Aufgaben jeweils eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Argumente im Parlament

| PRO | CONTRA |
|-----|--------|
| | |

Antrag

Mit XX zu YY Stimmen und ZZ Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

Beschluss:

1. Die Änderung der Gemeindeordnung wird beschlossen.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Köniz, 22. März 2010

Im Namen des Parlaments

Der Präsident: Christian Burren

Die Sekretärin: Verena Remund-von Känel

Anhang zur Botschaft

Gemeindeordnung
(Änderung)

Die Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 wird wie folgt geändert:

Art. 50, neuer Buchstaben k nach Buchstabe i:

| Übrige | Das Parlament |
|---|--|
| Sachgeschäfte in abschliessender Zuständigkeit (unverändert) | a-i) unverändert k) beschliesst die Übertragung von weiteren Aufgaben an die Regionalkonferenz l) das Einfügen der Buchstaben l) und m) wird den Stimm- berechtigten am selben Abstimmungstermin, aber mit separater Vorlage beantragt m) das Einfügen der Buchstaben l) und m) wird den Stimm- berechtigten am selben Abstimmungstermin, aber mit separater Vorlage beantragt |

Regionalkonferenz, Zuständigkeit für Behördenreferendum und -initiative

Änderung der Gemeindeordnung

Das Wichtigste in Kürze

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland übernimmt seit Anfang dieses Jahres die Aufgaben, die ihr gesetzlich übertragen sind. Gegen bestimmte Beschlüsse der Regionalversammlung kann das Referendum durch zwei Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden (Behördenreferendum) ergriffen werden. Fünf Prozent der Stimmberechtigten oder zwanzig Prozent der Gemeinden (Behördeninitiative) können mit einer Initiative die Behandlung bestimmter Geschäfte verlangen, die in ihre oder in die Zuständigkeit der Regionalversammlung fallen. Die Kompetenz zur Einreichung von Behördenreferenden und -initiativen soll als wirksames parlamentarisches Kontrollrecht beim Parlament sein. Es wird den Stimmberechtigten beantragt, diese Kompetenz durch eine Änderung der Gemeindeordnung an das Parlament zu delegieren.

Erläuterungen

Die Regionalkonferenz hat am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit aufgenommen. 98 Gemeinden aus dem Raum Bern-Mittelland werden künftig gemeinsam über die regionalen Bereiche Verkehr, Raumplanung, Kultur und Regionalpolitik befinden.

Wichtige Beschlüsse der Regionalkonferenz werden durch die Regionalversammlung gefasst. Diese wird zwei bis viermal pro Jahr tagen. Die Regionalversammlung setzt sich aus allen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten der zugehörigen Gemeinden zusammen. Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der vertretenen Stimmen. Jede Gemeinde hat mindestens eine Stimme. Grössere Gemeinden erhalten je nach Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner mehrere Stimmen. Die Stadt Bern als grösste Gemeinde der Regionalkonferenz verfügt über eine Stimmkraft von 42 Stimmen; Köniz als zweitgrösste Gemeinde hat 14 Stimmen.

Die Regionalversammlung ist für bestimmte Geschäfte abschliessend zuständig. Darunter fallen unter anderem die Genehmigung des Voranschlages, der Jahresrechnung und der Verpflichtungskredite. Andere Beschlüsse kann sie nur unter Vorbehalt der fakultativen Volksabstimmung fassen. Das heisst, zwei Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden der Regionalkonferenz (=Behördenreferendum) können innert 90 Tagen seit der Bekanntmachung eine regionale Abstimmung verlangen zum Beispiel zu einem Beschluss über

- Subventionsverträge im Bereich Kultur
- regionale Überbauungsordnungen
- regionale Zusatzangebote im öffentlichen Verkehr
- die Änderung und die Aufhebung der Reglemente zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz
- den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Reglementen betreffend Übertragung von Aufgaben der Regionalkonferenz an Dritte
- den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglementes der Regionalkonferenz.

Ferner kann mit einer Initiative die Behandlung bestimmter Geschäfte der Regionalkonferenz verlangt werden, die in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten oder in die Zuständigkeit der Regionalversammlung fallen. Konkret können fünf Prozent der Stimmberechtigten oder zwanzig Prozent der Gemeinden (=Behördeninitiative) mit der Initiative eine Beschlussfassung zum Beispiel über folgende Gegenstände verlangen:

- Kündigung eines Subventionsvertrages im Bereich Kultur
- den Erlass, die Änderung und die Aufhebung eines Reglements zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz
- den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements der Regionalkonferenz
- die Auflösung der Regionalkonferenz.

Nach dem kantonalen Recht ist die Zuständigkeit für Behördenreferenden und Behördeninitiativen beim Gemeinderat. Die Gemeinden können aber diese Zuständigkeit anders regeln. Für die Beibehaltung der Kompetenz beim Gemeinderat spricht, dass mit der Regionalkonferenz strategische Entscheide gefällt oder koordiniert werden sollen, die fast ausschliesslich Exekutivaufgaben sind. Ferner könnte der aufwändige Ablauf für die Ergreifung des Referendums dazu führen, dass Referenden innert der vorgeschriebenen Frist von 90 Tagen nicht zustande kämen.

Für die Übertragung der Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen an das Parlament spricht, dass Behördenreferenden und -initiativen zentrale Mittel einer breiten demokratischen Meinungsbildung sind. Die Regionalkonferenz wird über die wichtigen regionalen Bereiche Verkehr, Raumplanung, Kultur und Regionalpolitik befinden. Die Regionalversammlung, die sich nur aus Exekutivmitgliedern, den Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, zusammensetzt, kann somit Beschlüsse über weitreichende Themen treffen. Die Zuständigkeit, eine regionale Volksabstimmung zu erwirken, sollte im Sinne einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle beim Parlament sein. Das Parlament kann die 90-tägige Referendumsfrist einhalten, indem für das Verfahren ein beschleunigter Ablauf gewählt wird.

Aus diesen Gründen beantragt das Parlament dem Stimmvolk, die Gemeindeordnung so abzuändern, dass inskünftig die Zuständigkeit für Behördenreferenden und Behördeninitiativen beim Parlament ist.

Wie geht es nach einer Annahme oder Ablehnung der Vorlage weiter?

Wird die Vorlage angenommen, so wird in Zukunft das Parlament für Behördenreferenden und Behördeninitiativen zuständig sein. Wird die Vorlage abgelehnt, so verbleibt die Zuständigkeit beim Gemeinderat.

Argumente im Parlament

| PRO | CONTRA |
|-----|--------|
| | |

Antrag

Mit xx zu yy Stimmen und zz Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Änderung der Gemeindeordnung wird beschlossen.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Köniz, 20. März 2010

Im Namen des Parlaments

Der Präsident: Christian Burren

Die Sekretärin: Verena Remund-von Känel

Anhang zur Botschaft

Art. 50, neue Buchstaben l und m nach Buchstabe k:

| Übrige | Das Parlament |
|--|--|
| Sachgeschäfte in abschliessender Zuständigkeit (unverändert) | a–i) unverändert k) das Einfügen dieses Buchstabens wird den Stimmberechtigten am selben Abstimmungstermin, aber mit separater Vorlage beantragt. l) entscheidet, ob die Gemeinde nach Artikel 150 Absatz 1 des kantonalen Gemeindegesetzes eine regionale Abstimmung verlangt (Behördenreferendum); m) entscheidet, ob die Gemeinde eine Initiative nach Artikel 151 des kantonalen Gemeindegesetzes einreicht (Behördeninitiative). |

Änderung Nutzungsplan, Teilgebiet Oberwangen; Parzellen Nr. 1426, 1809 und 1855

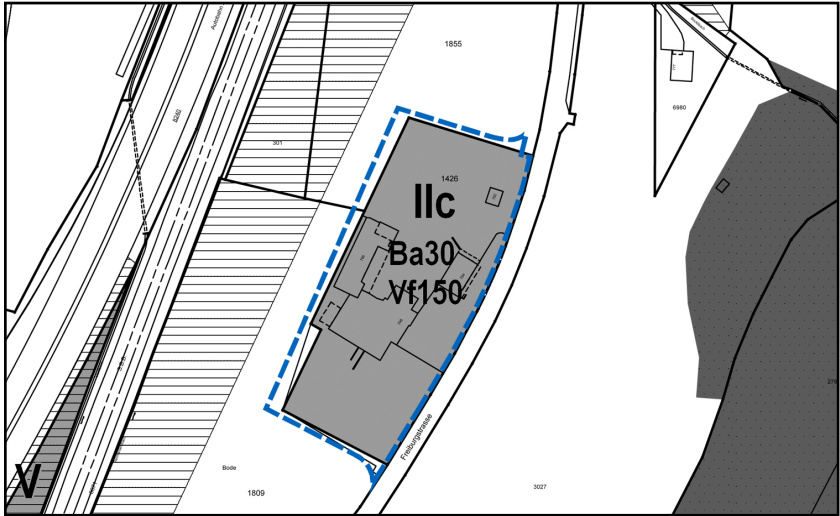
Das Wichtigste in Kürze

Die Parzelle Nr. 1426 liegt am nördlichen Ortseingang von Thörishaus, direkt an der Freiburgstrasse. Auf dieser Parzelle will die Firma Mosimann Holzbau AG mit Sitz in Köniz ein neues Holzbau-Kompetenzzentrum realisieren. Den heutigen Standort am Bahnhof Köniz muss sie betriebsbedingt aufgeben. Mit der Realisierung des Kompetenzzentrums können 30 Arbeitsplätze erhalten und 50 weitere geschaffen werden. Die auf der Parzelle Nr. 1426 bestehenden Zonenvorschriften mit einer zu geringen zulässigen Gebäudehöhe müssen für die Realisierung dieses modernen Werkstandortes angepasst werden. Zudem soll das Areal zur besseren Erschliessung durch eine schmale streifenförmige Umzonung von der Landwirtschafts- in die Arbeitszone geringfügig arrondiert werden. Die Vorschriften zur Art der Nutzung bleiben unverändert.

Vorgeschichte und rechtsgültige Planung

Das Grundstück in Oberwangen ist seit dem Jahr 2006 im Besitz der Firma Mosimann Holzbau AG mit Sitz in Köniz. Schon früher verarbeitete auf dem Grundstück eine Sägerei Nutzholz. Nach Aufgabe des Sägereibetriebs wurde das Grundstück an verschiedene Betriebe vermietet. Heute wird das Areal in erster Linie von einer Autoexport-Firma genutzt.

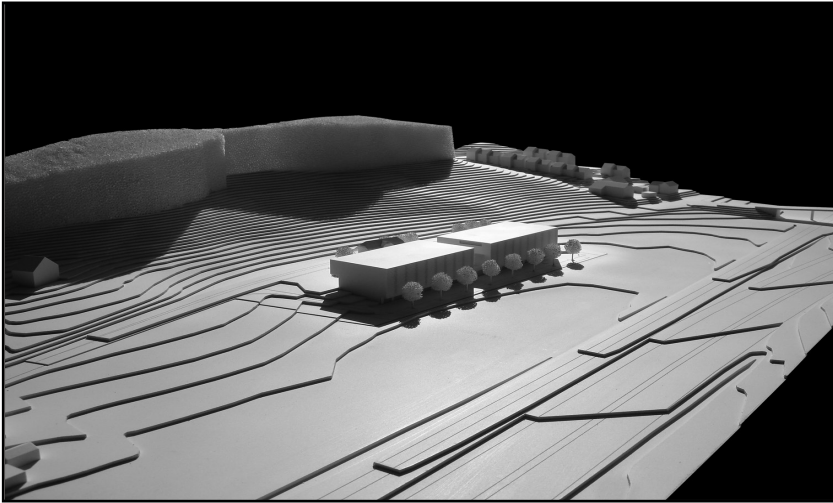
Planungsrechtlich liegt das Grundstück heute in einer Arbeitszone 2 mit der Bauklasse IIc. Zusätzlich bestehen zwei Nutzungsbeschränkungen. Nach diesen darf der Anteil Büronutzung nicht grösser als 30 Prozent sein und es dürfen keine Läden erstellt werden deren Verkaufsfläche grösser als 150 Quadratmeter sind.



Ausschnitt bestehender Nutzungsplan

Das eigentliche Vorhaben (Projekt)

Die Mosimann Holzbau AG ist heute im Bahnhofgebiet von Köniz angesiedelt. Weder der Standort noch die Räumlichkeiten sind geeignet, einen zeitgemässen Holzbaubetrieb zu führen. Der heutige Standort ist nicht entwicklungsfähig und liegt mitten im Ortszentrum am falschen Ort. Der traditionsreiche Betrieb mit 30 Mitarbeitern will deshalb nach Oberwangen umziehen. Für den neuen Standort wurde bereits ein konkretes Projekt ausgearbeitet. Dieses sieht zwei je 50 Meter lange Produktionshallen verbunden durch ein durchgängiges Sockelgeschoss vor. Die Hallen liegen parallel zum Talverlauf. Das bestehende Wohnhaus soll erhalten bleiben. Die ganze Konstruktion und die Fassaden werden, abgesehen vom Sockelgeschoss und von den Erschliessungskernen, in Holz ausgeführt. Die Hallen werden als einfache und zurückhaltend gestaltete Grossformen in Erscheinung treten.



Modellbild Produktionshallen: Blickrichtung Süden / Ortseingang Thörishaus

Zusammen mit der Firma Mosimann Holzbau AG sollen weitere, idealerweise mit der Holzverarbeitung in Verbindung stehende Firmen am Standort in Oberwangen angesiedelt werden. Um genügend Platz für ein solches Holzbau-Kompetenzzentrum zu haben, sind zwei Produktionshallen notwendig. Das Projekt soll für die Firmen optimale räumliche Arbeitsbedingungen bieten. Dazu gehören eine gute Erschliessung, genügend hohe und nutzungsflexible Räume. Um diese Bedingungen zu erfüllen wird eine über mindestens 20 Meter Länge stützenfreie Halle mit einem Hallenkran mit einer Hakenhöhe von 9 Metern benötigt.

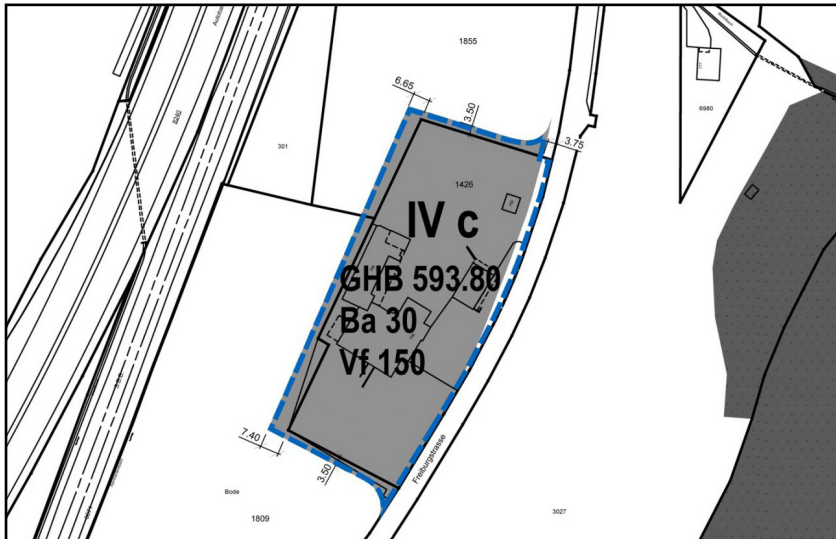
Der Werkstandort ist ab der Freiburgstrasse erschlossen. Die Zufahrt aus Thörishaus ist über eine neue, separate Linksabbiegespur vorgesehen. Das durch das Vorhaben der Mosimann Holzbau AG verursachte Verkehrsaufkommen ist bescheiden. Nebst den täglichen Zu- und Wegfahrten der Belegschaft, rechnet die Mosimann Holzbau AG mit 10 bis 20 Besuchen pro Woche von Kunden und Lieferanten, ca. 6 bis 10 Lastwagen pro Woche für die Materialanlieferung und 4 bis 6 Lastwagen pro Monat für Pritschentransporte, die die produzierten Holzbau-Elemente vom Werk zum Besteller liefern. Diese Verkehrsabschätzung gilt für die Betriebsansiedlung der Mosimann Holzbau AG. Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau können Angaben erst gemacht werden, wenn die Firmen und Betriebszweige bekannt sind.



Innenblick in eine vergleichbare stützenfreie Produktionshalle

Die nötige Nutzungsplanänderung

Auf Grund der notwendigen Hakenhöhe sowie den topografischen Gegebenheiten resultiert eine baurechtliche Gebäudehöhe von 15.80 Meter. Weil das durchgehende Sockelgeschoss baupolizeilich als Gebäudelänge angesehen wird, ist eine Aufhebung der Gebäudelängenbeschränkung notwendig. (Visuell wahrnehmbar werden aber zwei Hallen von je 50 m Länge sein). Um die Bebauung der Parzelle nach den betrieblichen Kriterien zu ermöglichen, ist die „Aufzonung“ von der Bauklasse IIc in die Bauklasse IVc notwendig. Die maximal mögliche Gebäudehöhe wird mit einer Kote von 593.80 m.ü.M festgeschrieben. Um eine betrieblich optimale Erschliessung („Rundumfahrt“) zu ermöglichen, muss dreiseitig um die Parzelle ein schmaler Landstreifen von der Landwirtschafts- in die Arbeitszone eingezont werden. Die Einzonungsfläche beträgt rund 900 Quadratmeter.



Ausschnitt neuer Nutzungsplan

Die effektiven Planänderungen im Überblick

| bestehend | neu = Abstimmungsvorlage |
|--|--|
| <p><i>Art der Nutzung:</i> Arbeitszone 2 mit Beschränkung der Büronutzung auf maximal 30%, Beschränkung der Ladengrösse auf höchstens 150 m².</p> | <p><i>Art der Nutzung:</i> Arbeitszone 2 mit Beschränkung der Büronutzung auf maximal 30%, Beschränkung der Ladengrösse auf höchstens 150 m².</p> |
| <p><i>Mass der Nutzung: Bauklasse IIc, d.h.</i> Geschosszahl: Frei Gebäudehöhe: 8.50 m Gebäudelänge: 50.00 m Horizontale Bautiefe: 50.00 m Grenzabstand: ½ Gebäudehöhe / min. 3.00 m Grünflächenanteil: 40% Ausnützungsziffer: Frei</p> | <p><i>Mass der Nutzung: Bauklasse IVc, d.h.</i> Geschosszahl: Frei Gebäudeoberkante auf maximal 593.80 m.ü.M (entspricht 15.80 m) Gebäudelänge: Frei Horizontale Bautiefe: Frei Grenzabstand: ½ Gebäudehöhe / min. 3.00 m Grünflächenanteil 25% Ausnützungsziffer: Frei</p> |

Zum Verfahren (Planerlass)

Die Bau- und Planungskommission Köniz mit ausgewiesenen Fachleuten aus den Sparten Architektur, Planung und Landschaft hat das skizzierte Projekt und die dafür nötigen Planänderungen behandelt und als orts- und landschaftsverträglich beurteilt. Gestützt darauf wurde die Vorlage im Oktober/November 2009 öffentlich aufgelegt und zur gleichen Zeit zur Mitwirkung gebracht. Es sind keine Mitwirkungseingaben eingegangen.

Eingereicht wurden zwei Einsprachen. Eine Einsprache wurde mittlerweile zurückgezogen. Die andere Einsprache richtet sich gegen die Einzonung von zusätzlichem Land und gegen die Nutzungserhöhung. Gestellt werden folgende Rechtsbegehren:

1. Die bestehende Nutzung Ilc bleibt unverändert gültig.
2. Eine eventuelle Nutzungsänderung muss in der bereits laufenden Ortsplanungsrevision eingebunden und beurteilt werden.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Umzonung als eigenständiges, klar definierbares Vorhaben zu betrachten ist und deshalb abgekoppelt und vorgezogen von der Ortsplanungsrevision für die Gesamtgemeinde behandelt werden kann. Die Einspracheverhandlungen ergaben daher keine Lösung/Einigung. Wird die Planänderung beschlossen, beantragt der Gemeinderat dem Kanton die Einsprache vollumfänglich abzuweisen und die Änderung zu genehmigen.

Vorprüfung

Mit seinem Vorprüfungsbericht vom [XX.XX.10](#) bestätigt das Kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die Genehmigungsfähigkeit der Planänderung.

Mehr Information

Der Originalplan sowie der Erläuterungsbericht kann in den 30 Tagen vor der Abstimmung im Gemeindehaus Bläuacker (Planungsabteilung, Landorfstrasse 1, 3098 Köniz, Tel.031 970 93 91) eingesehen werden.

Die Kosten

Zu Lasten der Gemeinde entstehen keine direkten Kosten. Die Projektentwicklung wird durch den Grundeigentümer / die Bauherrschaft getragen, ebenso die Ausführungskosten für die Linksabbiegespur auf der Freiburgstrasse. Der Anschluss an die öffentliche Kanalisation bedingt eine Netzerweiterung. Für den Kanalisationsanschluss werden von der Gemeinde Anschlussgebühren gemäss Reglement erhoben.

Wie geht es nach einer Annahme der Vorlage weiter?

Nach einem positiven Volksentscheid muss die Änderung noch vom kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung genehmigt werden. Bei Rechtskraft kann das erwähnte und der Planänderung zugrunde liegende Projekt bewilligt werden. Da die Finanzierung des Projekts bereits gesichert ist, ist mit einer raschen Realisierung zu rechnen.

Was geschieht bei einer Ablehnung der Vorlage?

Eine Ablehnung der Vorlage würde die Entwicklungsabsichten der Gemeinde und des Grundeigentümers verhindern. Der aktuell gültige Nutzungsplan bliebe in Kraft. In diesem Rahmen dürfte auch weiterhin gebaut werden. Die Firma Mosimann Holzbau AG müsste jedoch einen anderen Standort suchen und wohl mangels Alternativen die Gemeinde Köniz verlassen. Dadurch gingen in der Gemeinde eine innovative Firma und rund 30 Arbeitsplätze verloren und der geplante Holzbau-Werkstandort in Oberwangen mit insgesamt 60 bis 80 Arbeitsplätzen könnte nicht realisiert werden.

Argumente im Parlament

| PRO | CONTRA |
|-----|--------|
| | |

Antrag

Mit xx zu yy Stimmen und zz Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet 5 Oberwangen, Parzellen Nr. 1426, 1809 und 1855 wird zugestimmt.

Köniz, 20. März 2010

Im Namen des Parlaments

Der Präsident: Christian Burren

Die Sekretärin: Verena Remund-von Känel